

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

502



Kreisarchiv Stormarn B2

1
2

Kreisentschädigungssamt								
4-1/9 Kielhaven -								
D. / -								
Heinz Walter Kuhnen, Witzhave								
Notiz: Ihr Antrag nach dem Bandenorganisationsgesetz.								
Die Amtsverwaltung Trittau hat mir Ihren Antrag vorgelegt. Die Entscheidung darüber, ob Sie Anspruch auf eine Entschädigung haben, trifft das Landesentschädigungssamt in Kiel. Nur die Antrags- stellung sind Antragserörterungen herangegangen. Anliegend sende ich Ihnen ein Merkblatt und zwei Antragsvorwürfe und bitte Sie, mir die Vorwürfe ausgerillt mit den erforderlichen Beweisunterlagen wieder zurückzuschicken.								
Im Auftrage <i>H. Witzhave</i>								
9. Juli 1957.								
A 1, 4] ableitet)								
1. Name: _____ Vorname: _____ Geburtstag und -ort (Kreis, Land): _____ Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): _____ (Straße und Haus-Nr.)								
gestorben am: _____ in (Kreis, Land): _____ Staatsangehörigkeit: frühere: _____ letzte: _____								
2. Beruf Erlernter Beruf: _____ Letzte berufliche Tätigkeit: _____								
3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?								

idigungsbehörde auszufüllen:
angsstempel)

**KREISVERWALTUNG
des Kreises Stormarn**

27. AUG. 1957
Anl./Tag. Nr. _____

am _____

Verfolgung (Bundesentschädigungs-
men _____ Witzhave
itz (Kreis, Land): _____

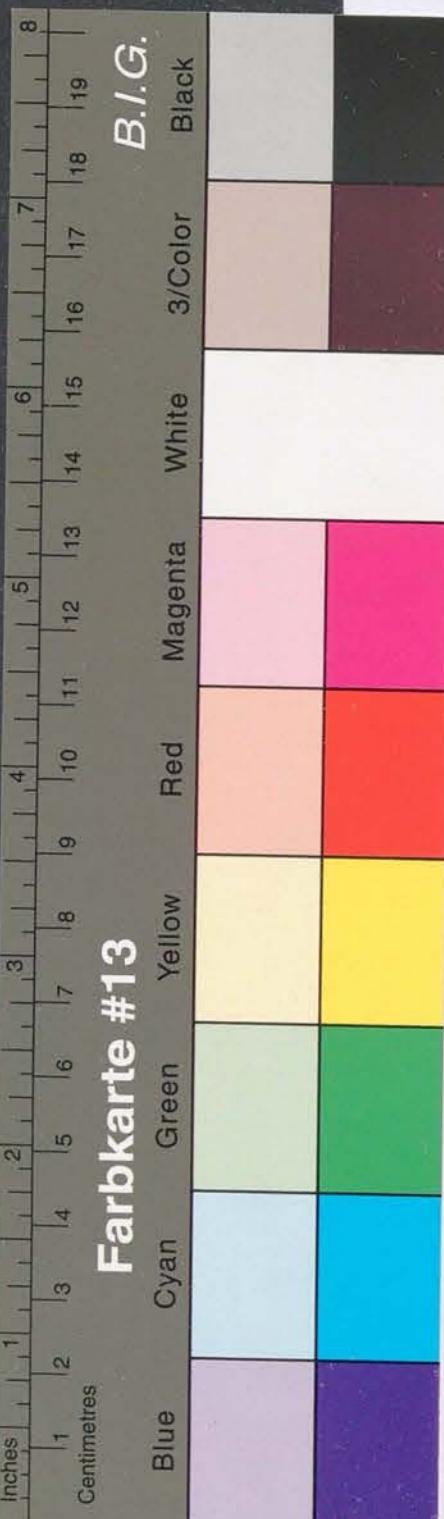
Be und Haus-Nr.) _____

deutsch _____

ja / nein
aus Gründen der Rasse oder des _____

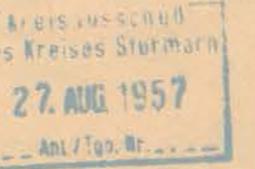
ja / nein

ung eines anderen [s. Abschnitt



Kreisarchiv Stormarn B2

2

<p style="text-align: center;">Vor Ausfüllung Anleitung lesen! In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen! Nichtzutreffendes streichen!</p>	<p>Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen: (Eingangsstempel)</p> <div style="text-align: center; margin-bottom: 10px;">  </div> <p>mit Anlagen Nr. Empfangsbestätigung erteilt am _____</p>
<p>Antrag auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz — BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559)</p>	
<p>I. Berechtigte(r)</p> <p>A</p> <p>1. Name: K u h n h e n n Vornamen: Walter 30.4.1917 in Wuppertal-Barmen Witzhave Geburtstag und -ort (Kreis, Land): Kreis Stormarn, Land Schleswig-Holstein</p> <p>Familienstand: XXXXXX / gesch. (Straße und Haus-Nr.) Anzahl der Kinder: _____ Alter der Kinder: _____ Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: deutsch</p> <p>2. Beruf: Erlernter Beruf: Schlosser und Schweisser Jetzige berufliche Tätigkeit: landw. Arbeiter</p> <p>3. Sind Sie selbst verfolgt worden? Wenn ja: _____ ja / nein XXXXX Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?</p> <p>4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: XX ja / nein</p>	
<p>II. Verfolgte(r) entfällt (Nur auszufüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)</p> <p>1. Name: _____ Vornamen: _____ Geburtstag und -ort (Kreis, Land): _____ Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): _____ gestorben am: _____ (Straße und Haus-Nr.) in (Kreis, Land): _____ Staatsangehörigkeit: frühere: _____ letzte: _____</p> <p>2. Beruf: Erlernter Beruf: _____ Letzte berufliche Tätigkeit: _____</p> <p>3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?</p>	

Kreisarchiv Stormarn B2



III. Weitere Angaben über die Person des(r) Berechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

a) Mitgliedschaft bei der NSDAP: **nein**
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: bei welchen? **nein**

2. a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. Mai 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren:
b) Rechtskräftige Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. Mai 1945:

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 31. Dezember 1952:
b) Letzter Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 31. Dezember 1952 verstorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

c) Bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:

e) Bei Sowjetzoneflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. Januar 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?
Wohin nach dem 31. Dezember 1946 ausgewandert?
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Gruppen von Verfolgten und deren Hinterbliebenen.
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?
b) Bei Staatenlosen oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatliche Organisationen?
c) Geschädigt aus Gründen der Nationalität?

Berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt A II ausgefüllt ist)
von bis	von bis
von bis	von bis
xx nein	xx nein
xx / nein	xx nein
St. Ingberd Neue Mess 30 Saargebiet	St. Ingberd Neue Mess 30 Saargebiet
entfällt	entfällt
entfällt	entfällt
Lager in Dresden	Lager Dresden
entfällt	entfällt
Saargebiet St. Ingberd Neue Mess 30	Saargebiet St. Ingberd Neue Mess 30
durch Geburt	durch Geburt
entfällt	entfällt
entfällt	entfällt
jx/ nein	

V. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für: (Nichtzutreffendes ist zu streichen)

1. Schaden an Leben (wenn der Verfolgte durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getötet oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorben ist) **ja / nein**
2. Schaden an Körper und Gesundheit **Ich wurde ca. im Jahre 1934 sterilisiert** **ja / nein**
3. Schaden an Freiheit durch Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung **ja / nein**
4. Schaden an Eigentum (§§ 51—55, 146) **xx / nein**
5. Schaden an Vermögen (§§ 56—58, 146) **xx / nein**
6. Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten (§§ 59—63, 153) **xx / nein**
7. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 64—137)
 - a) im beruflichen Fortkommen (§§ 65—125) **ja / nein**
 - b) im wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 127—137) **ja / nein**
8. Rückwanderer (Soforthilfe, § 141) **xx / nein**

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen.)

1. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend gemacht? **ja / nein**

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
entfällt		

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? **ja / nein**
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? **entfällt**

Von welchen Stellen im In- und Ausland haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Geld- oder Sachleistungen erhalten (z. B. Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
bisher habe ich nichts erhalten				

2. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? **xx / nein**

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen

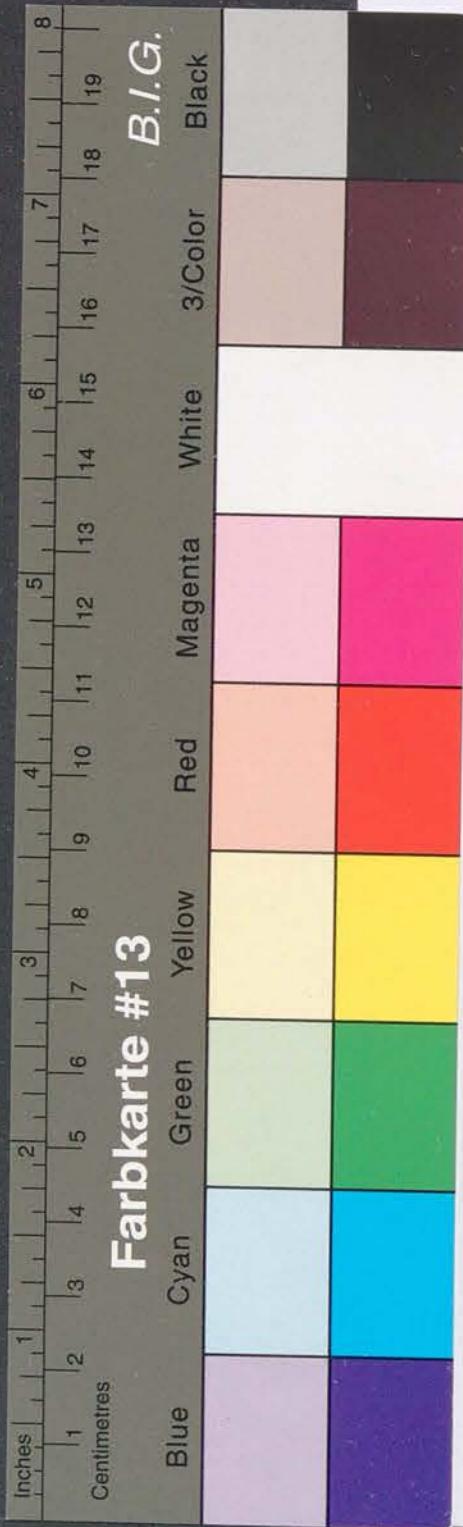
Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? **ja / nein**
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? **entfällt**

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?
entfällt	

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? **ja / nein**

entfällt



Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

B

Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Die Papiere sind in Elberfeld sämtlich verloren gegangen und zwar gleich nach Beendigung des Krieges und zwar durch Vernichtung durch die betr. Stellen wurden bereits an oder
 (Behörde)

(Gericht) (Aktenzeichen)

zu -Verfahren eingereicht.

C

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigefügten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich, um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissenschaftlich oder grobfärlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Witzhave den **21. Juli 1957**
 (Ort) (Datum)

Witzhave Walter
 (Unterschrift)

Dem Antrag sind **1** Anlagen beigelegt, und zwar:
 1. eine eidesstattliche Erklärung 6.
 2. 7.
 3. 8.
 4. 9.
 5. 10.

4

Sozial- und Jugendamt
 4-1/9 Kuhnhenn-

D. /-

M. 29. 8.

24. Sept. 1957.

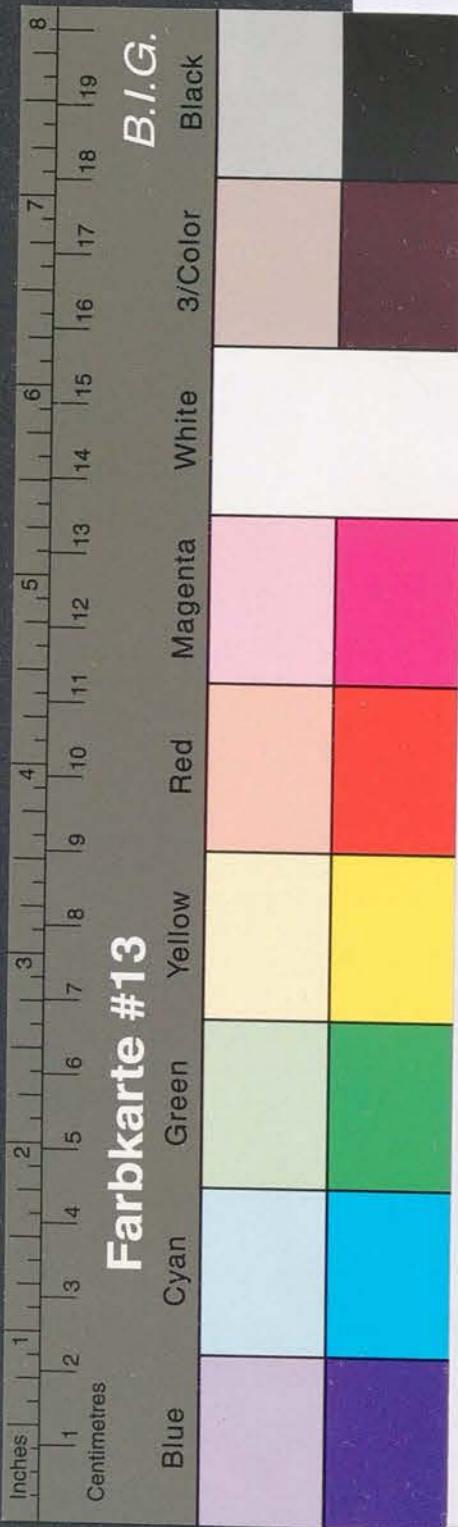
Ihren Entschädigungsantrag nach dem Bundesentschädigungsgesetz habe ich dem Landesentschädigungsamt in Kiel zur Entscheidung eingereicht.

Im Antrag ist erwähnt, dass eine eidesstattliche Erklärung beigelegt sei. Leider lag diese nicht bei und bitte ich Sie, mir diese noch einzureichen. Oder soll die vor der Amtsverwaltung in Trittau abgegebene Erklärung als solche angesehen werden.

Weiter benötige ich noch eine Schilderung des Verfolgungsvorganges von Ihnen unter gleichzeitiger Angabe, warum damals der Eingriff bei Ihnen vorgenommen wurde.

Der Einreichung dieser Unterlagen sehe ich noch entgegen.

Im Auftrage des Landrates:



Kreisarchiv Stormarn B2

Westfälendruck, Dortmund 1676/55

— 4 —

B

Dem Antrag sollen beigefügt werden:

1. Eine Schilderung des Verfahrens.
2. Eine Erläuterung der Schadenshöhe und der Entschädigungsleistungen.
3. Beweismittel (Originale, Fotokopien).

Zum Beispiel: Auf die Berechtigte nicht die heimatlosen Ausländer verurteilung sowie

Folgende Beweismittel wurden bereits angefordert:

Die Papiere gleich nach durch die b

zu

Ich versichere, daß die vorstehenden § 7 des Gesetzes tigten sich, um Entschädigunglich oder grobfärlässig unzulässig zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen schädigungsgericht unverzüglich

Witzhave
(Ort)

Dem Antrag sind 1
1. eine eidesstattliche Erklärung.
2.
3.
4.
5.

24. Sept. 1957.

H. 25. H.

Sozial- und Jugendamt
4-1/9 Kuhnhenn

D.-/-

An das
Landesschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

K i e l .

Dem Antrag sind 1
1. eine eidesstattliche Erklärung.

4-1/9 Kuhnhenn

D.-/-

2/ An das
Landesschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

K i e l .

Betr.: Entschädigungsverfahren Walter Kuhnhenn, Witzhave.

Kuhnhenn hat bei mir den anliegenden Antrag auf Entschädigung nach dem BEG eingereicht. Die im Antrag genannte eidesstattliche Erklärung lag nicht bei.

Ich bitte um Entscheidung über den Antrag und teile gleichzeitig mit, dass ich K. aufgefordert habe, noch eine Schilderung des Verfolgungsvoranges einzureichen, sofern die vor der Amtsverwaltung Trittau abgegebene Erklärung nicht als solche angesehen werden soll.

3/4.

17. Okt. 1957.

Sozial- und Jugendamt
4-1/8 Kuhnhenn

D.-/-

An das
Landesschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

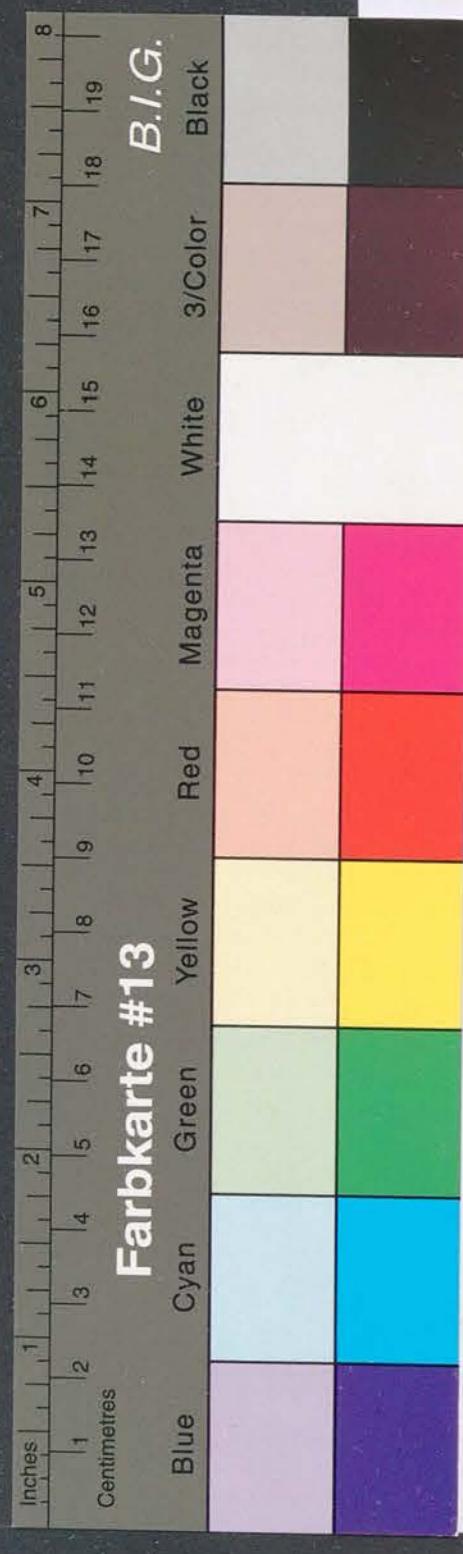
K i e l .

Betr.: Entschädigungsverfahren Walter Kuhnhenn, Witzhave.

Im Nachgang zum Antrag auf Entschädigung nach dem BEG übersende ich anliegend noch eine Eingabe des Antragstellers vom 29.9.1957 mit der Bitte um Kenntnahme. Wie hieraus ersichtlich, ist der Antragsteller nicht in der Lage, Unterlagen über den Grund seiner Verfolgung und Sterilisierung anzugeben.

Im Auftrage des Landrates:

H. 25. H.



Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

B

Dem Antrag sollen beigefügt werden:

1. Eine Schilderung des Ve
2. Eine Erläuterung der Sch
3. Beweismittel (Originale,

Zum Beispiel: *A*
Berechtigte nicht
heimatloser Aus
Verurteilung so

Folgende Beweismitte

Die Papie
gleich na
durch die
wurden bereits an

zu

Ich versichere, daß die
daß nach § 7 des Geset
tigte sich, um Entschädi
lich oder grobfahrlässig
zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen
schädigungsericht unver

Witzhave
(Ort)

Dem Antrag sind

1. eine eides
2.
3.
4.
5.

Westfälendruck, Dortmund 1676/56